Bütower Anzeiger.

Der „Bütower Anzeiger“ erscheint wöchentlich zweimal, Dienstag und Freitag Abends.

Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 50 Pf. Alle resp. Postämter nehmen zu diesem Preise incl. Postaufschlag Bestellungen an.

Der Insertionspreis beträgt pro einspaltige Zeile 10 Pf., Anzeigen werden bis Dienstag und Freitag Mittag erbeten. Alle Anzeigen-Bureaux nehmen Inserate für dieses Blatt an. Einrückungsaufträge an alle auswärtigen Blätter werden ohne Preisaufschlag vermittelt.

Für den Druck verantwortlich: F. Gloede in Bütow, Verlag und Redaktion von F. Gloede in Bütow.

Nr. 50. Dienstag, den 21. Juni 1892.

Der Besuch des italienischen Königspaares,

den dasselbe dem deutschen Kaiser abstattet, hat ausgesprochenermaßen keinen politischen Charakter. Es ist eine Erwiderung des Besuches, den das deutsche Kaiserpaar im Herbst 1889 in Monza gemacht hat. König Humbert war allerdings zuvor, im Mai 1889, mit seinem ältesten Sohn in Berlin gewesen und war in glänzendster Weise mit Ehrenpforten u. s. w. empfangen worden, die die städtische Vertretung und die Bevölkerung errichtet hatten. Damals trug der Besuch allerdings einen vorwiegend politischen Charakter; es sollte aller Welt gezeigt werden, daß der schnell aufeinanderfolgende zweimalige Thronwechsel in Deutschland an den Dreibundsverhältnissen nicht das mindeste geändert habe; auch Crispi begleitete damals den König und verkehrte viel mit Bismarck, der zu jener Zeit noch im Amte war.

Die Königin Margarita ist jetzt auch nicht zum ersten Male am deutschen Kaiserhofe zum Besuch. Ende Mai 1872 war sie als Pathin der Prinzessin Margarete von Preußen persönlich in Berlin erschienen; damals war sie noch Kronprinzessin und überhaupt haben sich in diesen zwanzig Jahren die Verhältnisse gewaltig geändert. Kaiser Wilhelm und Kaiserin Augusta, ebenso der damalige Kronprinz Friedrich Wilhelm, der Kindtaufsvater, — sie sind dahingegangen, wie der langjährige italienische Botschafter in Berlin Graf Launay, dessen Posten gegenwärtig noch nicht wieder besetzt ist. Kaiser Wilhelm II. war damals noch ein Kind; welche Wandlungen seit 1872!

Der diesmaligen Reise des Königspaares haben sich mannigfache politische Schwierigkeiten in den Weg gestellt, deren man erst in den letzten Tagen einigermaßen Herr geworden ist. Dieselben haben den mehrmaligen Aufschub der Reise veranlaßt, die eigentlich schon vor vier Wochen stattfinden sollte. Jetzt konnte König Humbert den Besuch mit einer gewissen Befriedigung machen, denn was er eine Zeitlang befürchten mußte, ist nicht eingetroffen. Er hat es nicht nötig, in Potsdam in gedrückter Stimmung, gewissermaßen als Bittsteller, zu erscheinen; er wird nicht das Ersuchen stellen, seine hohen Mitverbündeten möchten ihm gestatten, die Militärmacht Italiens in Berücksichtigung der bedrängten wirtschaftlichen Lage des Landes um ein namhaftes Stück zu vermindern. Und wenn er diese Erlaubnis auch nicht gerade gebraucht hätte, so wäre es ihm doch ein peinliches Gefühl gewesen, dem deutschen Kaiser mitteilen zu müssen, daß er sich in anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse Italiens genötigt sehe, seine Militärmacht zu vermindern und z. B. die Zahl der Armeekorps von zwölf auf zehn herabzusetzen. Nicht einmal diese Erklärung braucht er abzugeben und das hat er seinem Ministerpräsidenten Giolitti und der dahinsterbenden Kammer zu verdanken.

Denn man mag das Ding drehen, wie man will, so bleibt doch außer Zweifel, daß die Frage der Herabsetzung der Heereskosten der Angelpunkt sämtlicher politischer Krisen der letzten Zeit gewesen ist. Crispi war gestürzt worden, weil seine Politik dem Lande zu schwere Opfer auferlegte und die Kammer der allgemeinen Stimmung folgte, die größere Sparsamkeit und Einschränkung der Ausgaben für Heer, Marine und Kolonialpolitik verlangte. Man weiß, wie wenig leistungsfähig in wirtschaftlicher Beziehung Italien ist und wie seit Jahren die Staatseinnahmen eher ab- als zunehmen; trotzdem sind die Ausgaben für das Kriegsministerium seit 1876 jährlich um durchschnittlich 8 Prozent gestiegen. Im Jahr 1878 wurden für das Heer 206, für die Marine 40, zusammen 246 Mill. ausgegeben; 1891 betrug das Kriegsbudget allein mehr als das Doppelte, nämlich 565 Mill., das sind 32 Prozent des gesamten Staatsbudgets. Für den öffentlichen Unterricht dagegen verwendet Italien nur 40 Millionen, d. h. bloß den 45. Teil (2,2 Prozent) des gesamten Budgets. Die Staatsschulden betrugen 1876 6 Milliarden; im Jahre 1891 waren sie auf 13 Milliarden gestiegen. Im Jahre 1875 war das Defizit, das von 1860 bis 1870 jährlich durchschnittlich 300 Millionen betrug und noch 1871 sich auf 47 Millionen bezifferte, verschwunden gewesen und es begann eine Zeit der Ueberschüsse, die im Jahre 1881, dem „goldenen Jahre“, 51 Millionen betrugen, trotz hundert Millionen Steuernachlässe. Von hier ab trat die Wendung zum Schlimmen ein; die Zahl der Armeekorps wurde erhöht, die Rüstungen beschleunigt, die Schiffsbauten vermehrt, und schließlich für die Kolonialpolitik Unsummen hingegeben. Das zusammen bildete den Grund der sich häufenden Krisen.

Italiens Finanzlage ist jetzt durch die neuen Handelsverträge in wesentlicher Besserung begriffen und damit dürfte die Krise allmählich an Schärfe verlieren. Die Dreibundspolitik aber mit ihrer den Frieden sichernden Kraft bleibt bestehen; dafür ist auch der jetzige Besuch des italienischen Königspaares am Berliner Hofe ein lautredendes Zeugnis.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Ueber das Programm für den Aufenthalt des italienischen Königspaares in Berlin und Potsdam wird der ‚Post‘ mitgeteilt: Montag abend Empfang auf der Wildparkstation. Dienstag Parade in Potsdam, am Abend Tafel im Neuen Palais. Mittwoch Exerzieren der Artillerieschießschule in Jüterbogk, Wiedervorführung der Artillerieaufzüge bei Gelegenheit des Jubiläums der Schießschule in voriger Woche vor dem Kaiser. Nachmittags Tafel im Berliner Schlosse, abends Galaoper. Donnerstag wahrscheinlich Tafel in Glienicke bei Prinz Friedrich Leopold.

* Die neue Militärvorlage ist, wie die ‚Freis. Ztg.‘ zuverlässig erfährt, nunmehr im preuß. Kriegsministerium vollständig ausgearbeitet und soll dieser Tage dem Reichskanzler Grafen Caprivi eingereicht werden. Dieser wird alsdann die Militärvorlage, wie dies bei solchen Vorlagen üblich ist, den einzelnen Bundesregierungen zur Begutachtung mitteilen. Die spätere direkte Einbringung im Bundesrat hat alsdann nur noch eine formale Bedeutung. Die Beschlußfassung hierüber braucht deshalb erst dann getroffen werden, wenn die Einberufung des Reichstags bevorsteht.

* Die Börsen-Untersuchungs-Kommission wird nun zunächst ohne Unterbrechung ihre Arbeiten fortsetzen, ein Abschluß ist bis jetzt noch nicht abzusehen. Der Gedanke, den letzteren erst im Herbst herbeizuführen, scheint noch nicht aufgegeben. Jedenfalls erscheint es zweifelhaft, ob die Ergebnisse der Erhebungen schon für die nächste Reichstagssession gesetzgeberisch zu verwerten sein werden.

* Der Ober-Auditeur des bayrischen General-Auditorials weilt zur Zeit in Berlin. Seine Anwesenheit gilt der Besprechung über den Entwurf einer Reichs-Militär-Strafprozeßordnung.

Frankreich.

* Die „konstitutionelle Rechte“ der Deputiertenkammer wählte den General Freycinet zum Präsidenten. Bei seiner Antrittsrede stellte derselbe drei Programmpunkte auf: Bedingungslose absolute Anerkennung der republikanischen Staatsform; religiöser Frieden, gegründet auf gegenseitiger Freiheit, und Aufrechterhaltung des sozialen Friedens durch vernünftigen, besonnenen Fortschritt. Der Präsident schloß mit dem Aufruf an die Vereinigung aller Vaterlandsfreunde, ein entschlossenes Regiment innerhalb der Republik zu begründen. (Das lautet recht schön, aber ein entschlossenes Regiment kann nur geführt werden, indem mit bezug auf bestimmte Aufgaben klar erkannte und erkennbare Ziele verfolgt werden, und von diesem Standpunkt betrachtet, dürfte das vom General Freycinet angedeutete Programm zu wünschen übrig lassen.)

* Der ‚Figaro‘ bestätigt Rochefforts Enthüllungen über die Verschwörung Freycinets und Constans‘, berichtigt sie aber dahin, daß Floquet und Brisson an ihr nicht teilnehmen; auch sei sie nicht gegen Loubet, sondern gegen das Elysée selbst gerichtet, Freycinet wolle die im Dezember 1894 frei werdende Erbschaft Carnots antreten. (Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Carnot wiedergewählt werden.)

* Die Untersuchung über die Vorgänge bei den Gemeindewahlen in Loches ist nunmehr abgeschlossen. Der famose Monsieur Wilson, der sich in diesem Orte zum Maire hat wählen lassen, wird vor das Zuchtpolizeigericht gestellt werden. Es sollen ihm großartige Wahlbefechungen nachgewiesen worden sein.

England.

* Gladstone empfing am Donnerstag eine Deputation des Londoner Gewerkvereinsrates, der ihn um seine Bemühungen für den achtstündigen Arbeitstag anging. Gladstone erklärte, er habe den Rest seines Lebens der Homerule-Frage gewidmet und könne dieselbe in seinem Alter nicht mehr mit der Frage des Achtstundentages vertauschen. Die Gesetzgebung biete in dieser Frage große Schwierigkeiten; er rate den Arbeitern, die Angelegenheit im eigenen Interesse nochmals gründlich zu prüfen.

* ‚Truth‘ bringt die verwunderliche Nachricht, daß der Major William Gordan-Cumming, die Hauptperson des Baccarat-Prozesses, sich bei den allgemeinen Wahlen als konservativer Kandidat um ein Mandat in Schottland bewerben werde.

Belgien.

* Der Ministerrat wollte am 18. d. den Zeitpunkt für den Zusammentritt der neuen Kammern festsetzen. Man glaubt, der Ministerrat werde sich auch mit der Vervollständigung des Kabinetts beschäftigen und es werde sich eine unerhebliche Aenderung in der Zusammensetzung des letzteren vollziehen.

Schweden-Norwegen.

* Der König von Schweden ist nach einem kurzen Besuche bei der dänischen Königsfamilie nach Stockholm zurückgekehrt.

Italien.

* Erst jetzt wird aus den einlaufenden Zeitungsberichten bekannt, daß der Radikale Imbriani in einer Kammerrede den Wunsch ausgedrückt hat, das italienische Königspaar möge sich auf der Reise nach Berlin die Knochen zerschmettern, denn die Dreibundpolitik stempele die italienische Regierung zu einer Bande von Verbrechern. (Südliche Lebhaftigkeit des Blutes und der Ausdrucksweise!)

* Für die italienische Finanzlage ist es sehr willkommen, daß sich in den ersten fünf Monaten dieses Jahres die Einfuhr um 50 Millionen vermindert, die Ausfuhr um etwa 55 Millionen vermehrt hat. Es ist das eine Folge der neuen Handelsverträge mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Spanien.

* Der Arbeiterausstand in Barcelona ist beendet. Die Arbeitgeber haben 25 Centimes Lohnerhöhung, eine halbstündige Herabsetzung der Arbeitszeit und die Wiedereinstellung aller nicht staatsanwaltlich Angeklagten zugestanden. Fast überall haben die Aufständischen die Arbeit wieder aufgenommen und die Ruhe ist vollständig wieder hergestellt. Zur Feier der Beendigung des Ausstandes wollen die bisher Ausständischen einen Massenumzug veranstalten.

Rußland.

* Bekanntlich wird der russische Minister v. Giers im Herbst zurückgetreten. Ein Petersburger Telegramm meldet nun, daß sich der greise Staatsmann nach seiner völligen Genesung ins Ausland zu begeben gedenkt.

Balkanstaaten.

* Infolge der Vermittlung der Botschafter Deutschlands, Oesterreichs, Englands und Italiens erklärte die bulgarische Regierung sich bereit, die rückständige Tributzahlung an die Pforte zu leisten. Der bulgarische Agent Dimitrow hat dem Großwesir die künftige regelmäßige Abführung des Tributes versprochen.

* Die Wahl eines neuen dritten Regenten für Serbien an Stelle des verstorbenen Protitsch ist für Ende November oder Anfang Dezember in Aussicht genommen worden.

Amerika.

* Nach einer Meldung aus Venezuela hat am Dienstag und Mittwoch ein erbitterter Kampf zwischen den Truppen des Präsidenten Palacio und den Aufständischen stattgefunden, in dem die ersteren besiegt wurden. Die Aufständischen marschieren auf Bolivar, das sie glauben erobern zu können. Nach einer andern Meldung soll sich der Präsident Palacio auf der Flucht befinden.

Afrika.

* In Portugiesisch-Ostafrika nehmen die Unruhen kein Ende. Einer Mitteilung der Pariser Blätter zufolge hat der Gouverneur von Mozambique ein Kanonenboot mit Truppen an Bord nach der Delagoabai entsandt, von wo das Ausbrechen von Unruhen gemeldet werde.

Preußischer Landtag.

Das Herrenhaus nahm am Freitag die Vorlage über das Diensteinkommen der Lehrer an nichtstaatlichen höheren Schulen nach den Beschlüssen der Kommission, ferner den Nachtragsetat für die Wasserleitung im oberschlesischen Industriebezirk an.

Am 18. d. wurde im Herrenhause der Gesetzentwurf über die Entschädigung der Reichsunmittelbaren in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen, wonach der 13½fache Betrag der veranlagten Einkommensteuer als Entschädigung gewährt werden soll.

Im Abgeordnetenhause stand am Freitag das Tertiärbahn-Gesetz zur dritten Beratung und wurde mit unwesentlichen Abänderungen einstimmig angenommen. Sodann kamen noch Petitionen, zumeist von nur lokalem Interesse, zur Erledigung.

Am 18. d. nahm das Abgeordnetenhaus die vom Herrenhause wieder herübergekommene Militäranwärtervorlage in der von jener Körperschaft abgeänderten Fassung an, wonach erst Gemeinden unter 2000, nicht 3000 Einwohnern von der Verpflichtung zur Anstellung von Militäranwärtern befreit sein sollen. Eine größere Debatte entwickelte sich über eine Petition der Stadtverordneten-Versammlung zu Merseburg, die eine Beschwerde gegen eine Verfügung des Merseburger Regierungspräsidenten enthielt. Während die Kommission diese peinliche Sache durch Uebergang zur Tagesordnung erledigen wollte, wurde ein Antrag des Abg. Dr. Aler. Meyer angenommen, die Eingabe der Regierung zu überweisen mit dem Ersuchen, jene Verfügung des Präsidenten einer Prüfung hinsichtlich ihrer sachlichen Begründung und besonders ihrer Fassung zu unterziehen.

Regelung des Heilverfahrens bei Unfällen der Arbeiter.

Der in Hamburg soeben versammelt gewesene Berufsgenossenschaftstag hat u. a. eine Resolution angenommen, in der die Berufsgenossenschaften aufgefordert werden, das Heilverfahren bei Unfällen der Versicherungspflichtigen erforderlichenfalls schon in den ersten dreizehn Wochen zu übernehmen. Damit ist eine nicht unwichtige Frage prinzipiell entschieden worden. Hierzu bemerken die ‚Berl. Polit. Nachr.‘: „Allerdings muß den einzelnen Berufsgenossenschaften die Entscheidung darüber überlassen bleiben, bei welchen Unfällen sie die Uebernahme schon in den ersten dreizehn Wochen für erforderlich halten, jedoch sollte man hierin künftig nicht zu bedächtig vorgehen. Alle diejenigen Unfälle, welche die äußeren Gliedmaßen betreffen und deren spätere Bewegungsfähigkeit in Frage stellen, sollten ohne weiteres den Krankenkassen abgenommen werden. Es treffen ja überhaupt hier in glücklicher Harmonie die Interessen des Arbeiters an der Erhaltung seiner Erwerbsfähigkeit und der Arbeitgeber an der durch möglichst gute Herstellung der Verletzten herbeizuführenden Verringerung der Unfallversicherungslasten zusammen. Je frühzeitiger überdies eine Verletzung in der denkbar besten Weise zur Heilung geführt wird, um so leichter wird der größtmögliche Grad von Erwerbsfähigkeit wieder hergestellt. Deshalb ist den Berufsgenossenschaften nur zu raten, die Resolution des Berufsgenossenschaftstages in der Praxis zur weitesten Durchführung zu bringen. Vielleicht wäre es möglich, die Aerzte der Krankenkassen zu bewegen, daß sie sich über die einzelnen Fälle mit den Aerzten der Berufsgenossenschaften in Verbindung setzten, damit die letzteren entscheiden, welche Unfälle und wie zeitig dieselben auf die Berufsgenossenschaften übergehen sollen.“

Von Nah und Fern.

Emin Pascha ist nicht tot. Nach telegraphischer Meldung ist er wohlbehalten in Bukoba angekommen.

Explosion eines Sprenggeschosses. Die Sergeanten Fink und Möhring von der in Magdeburg-Sudenburg garnisonierenden Fuß-Artillerie wollten in der Kasernenstube ein Sprenggeschoß entladen, wobei dieses explodierte. Möhring wurde der Kopf abgerissen, Fink und ein Feldwebel wurden schwer verletzt.

Betrügereien gegen das Danziger Leihamt. Am 15. d. wurde in Danzig der langjährige Taxator am städtischen Leihamt Juwelier R. verhaftet. Der Verhaftete wird beschuldigt, daß er eigene Silbersachen durch dritte Personen im städtischen Leihamt habe verpfänden lassen, wobei er sie erheblich zu hoch taxiert habe. Diese Pfänder seien nicht eingelöst worden und bei deren Verkauf ein erheblicher Schaden für die Leihanstalt entstanden. R. wurde noch am gleichen